

# Das Hilfs-Werk

**Uno** 68,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht, so viele wie nie – und die Behörde UNHCR soll ihnen helfen. Aber wie? Beobachtungen aus Bangladesch und Jordanien, wo der Mangel verwaltet, aber auch Neues ausprobiert wird.

**M**anche Menschen schalten ab, wenn sie nicht mehr aushalten, was passiert. Sie werden dann ganz ruhig, hören auf zu weinen und zu klagen. Gul Bahar ist solch ein Mensch, 35 Jahre alt, eine schmale Frau mit großen Augen, die so ausdruckslos schauen, als wäre dahinter niemand mehr. Sie steht in einer Hütte, der Monsunregen klatscht auf Plastikplanen. Die Hütte hat keine Fenster, nur eine Tür aus Bambusgeflecht, der Boden ist grauer Matsch.

Bahar erzählt, wie Soldaten ihr Dorf in Myanmar angriffen, von Schüssen und Geschrei, wie sie um ihr Leben lief, mit ihren fünf Kindern, das kleinste ein Baby, das älteste ein Teenager. Wie die Familie es über die Grenze hierher schaffte, nach Kutupalong in Bangladesch.

Es ist das größte Flüchtlingslager der Welt – und eine der größten Herausforderungen, die das UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, in seiner bald 70-jährigen Geschichte je zu bewältigen hatte. Über 918 000 Flüchtlinge leben hier in Hütten, sie warten auf eine Zukunft, in der sie ohne Todesangst leben können. Seit Jahren werden die Rohingya, eine mehrheitlich muslimische Minderheit in Myanmar, in ihrer Heimat verfolgt, vergewaltigt und getötet. Menschenrechtler sprechen von »ethnischer Säuberung«.

Und nun sind die Rohingya auch in Bangladesch nicht mehr sicher. Denn der Monsun fegt über das Land, mit schwarzen Wolken und Sturmböen, es regnet so gnadenlos, als wollte der Himmel die Vertriebenen ertränken.

Nach Wochen des Regens, der Anfang Juni einsetzte, konnte das Wasser aus dem Tal, in dem Bahars Hütte steht, nicht mehr abfließen. Erst schwappte es über den Boden, dann stand es der Mutter bis zu den Knien, wieder floh sie mit ihren Kindern, den Hang hinauf. Dort kauerten sie eine Nacht lang im prasselnden Regen. Am nächsten Tag floss das Wasser ab, sie kehrten in ihre Hütte zurück. Doch dann hörte Bahar ein tiefes Grollen. An den Flanken der Hügel taten sich Risse auf, Schlamm und Geröll rutschten bergab. Nur ein paar Meter hinter Bahars Hütte donnerte eine Lawine ins Tal.

Erdrutsche haben in diesen Tagen schon zahlreiche Hütten in Kutupalong zerstört,

zwei Kinder sind gestorben – und das ist erst der Anfang. Die Regenzeit in Bangladesch wird noch über zwei Monate dauern. In schlimmen Jahren wird ein Drittel des ganzen Landes überflutet. Und die Wassermassen bringen nicht nur Hügel ins Rutschen, sie begünstigen auch die Ausbreitung von Seuchen wie Diphtherie, Hepatitis, Denguefieber und Malaria.

Die Hütten-siedlung in Kutupalong liegt besonders ungünstig: In einer Senke im Süden Bangladeschs, zwischen der stürmischen Küste und dem Grenzfluss zu Myanmar. Die erschöpften UNHCR-Mitarbeiter in Kutupalong versuchen zu helfen, und doch wissen sie nicht, wie sie all die Menschen retten sollen.

Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat viele große Krisen zu verwalten. Millionen Menschen sind vor dem Krieg in Syrien geflohen; Hunderttausende Afrikaner haben ihre Heimatländer verlassen, aus Furcht um ihr Leben oder in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Doch nichts fordert die Organisation stärker als die Lage der Rohingya in Kutupalong.

In Genf, im Hauptsitz des UNHCR, sagt dessen Chef Filippo Grandi, der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge: »Es ist eine unmögliche Mission, aber wir versuchen, sie irgendwie möglich zu machen.« Das könnte der Leitspruch des UNHCR sein, dieser Organisation, die weltweit das fast Unmögliche versucht: das Leid von millionenfacher Flucht und Vertreibung zu lindern.

Grandi, 61, sitzt in einem wohnzimmerähnlichen Vorraum seines Büros im siebten Stock eines trutzigen Bürogebäudes an einer Durchgangsstraße. Das Hauptquartier des UNHCR liegt nur wenige Hundert Meter entfernt vom Uno-Gelände, Genf ist der zweite Hauptsitz neben New York. Grandi ist Italiener, er arbeitet seit drei Jahrzehnten für die Uno, war in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten stationiert. Die Leitung des Flüchtlingshilfswerks übernahm er Anfang 2016 von António Guterres, als dieser zum Uno-Generalsekretär gewählt wurde.

Grandi ist einer jener klugen und weltgewandten Überzeugungstäter, die den Vereinten Nationen trotz aller Skandale, Unzulänglichkeiten und Anfeindungen die Treue halten – weil sie daran glauben, dass

die Weltorganisation vielleicht nicht die Welt verbessern, aber doch zumindest das Schlimmste verhindern kann. »In meinem Job dürfen Sie kein Pessimist sein«, sagt Grandi und lächelt fein. »Auch wenn es stimmt, dass wir uns momentan in einer besonders schwierigen Lage befinden.«

Er meint die Krise in Bangladesch, aber er meint noch etwas anderes: »Was ich in all den Jahren noch nie so erlebt habe«, sagt er, »ist diese Feindseligkeit gegenüber Fremden, Flüchtlingen und Migranten in vielen Ländern.«

Noch vor wenigen Jahren, sagt Grandi, habe es im Westen einen gesellschaftlichen Konsens gegeben, dass Rassismus inakzeptabel sei. Heute werde dieser Konsens wieder infrage gestellt, von »skrupellosen Politikern«, die Ängste und Ressentiments schürten.

Wie kaum ein anderes Thema bestimmt die Flüchtlingskrise den öffentlichen Diskurs, in Deutschland, in Europa und in den USA. Rechtspopulisten gewinnen Wahlen mit dem Versprechen, Fremde auszusperrten. Stimmen, die zu Menschlichkeit und Moral mahnen, werden leiser.

Und das, während gleichzeitig die Zahl jener wächst, die weltweit vor Gewalt, Verfolgung und Hunger fliehen. 68,5 Millionen Menschen sind es inzwischen, so viele wie noch nie. Eine unvorstellbare Zahl; allein 2017 mussten jeden Tag im Durchschnitt 44 400 Menschen ihre Heimat verlassen. Fast zwei Drittel der Flüchtlinge stammen aus fünf Ländern: Syrien, Afghanistan, dem Südsudan, Somalia und Myanmar.

Das UNHCR soll diesen Menschen helfen, das ist der Auftrag der Weltgemeinschaft. Aber wie soll das gehen, im Jahr 2018, in dem immer mehr Länder sich abschotten wollen?

Das Flüchtlingshilfswerk wurde 1950 unter dem Dach der Uno gegründet, mit einem Jahresbudget von 300 000 Dollar. Es sollte Menschen unterstützen, die infolge des Zweiten Weltkriegs verschleppt oder vertrieben worden waren. Ursprünglich sollte es drei Jahre lang existieren und dann, wenn den Vertriebenen geholfen wäre, wieder aufgelöst werden.

Doch es folgten der Exodus aus Ungarn nach dem Volksaufstand, die Entkolonialisierungskonflikte in Afrika, die vietna-



CLEMENS HOEGES / DER SPIEGEL

**Flüchtlingslager Kutupalong in Bangladesch:** Alles löst sich auf, das schlammige Camp ist ein Albtraum



CLEMENS HOEGES / DER SPIEGEL

**Rohingya Bahar mit Kindern:** Ein Erdbeben donnerte hinter ihrer Hütte herab

mesischen Boatpeople, der Krieg um die Unabhängigkeit von Bangladesch, Staatsstreiche in Chile und Argentinien, der Völkermord in Ruanda, der Bürgerkrieg in Afghanistan, der Zerfall Jugoslawiens. Der Strom der Flüchtlinge – er versiegt nie, sondern nahm immer weiter zu. Und so machte auch das UNHCR immer weiter, es wuchs mit den Krisen, die es zu bewältigen hatte.

Inzwischen beschäftigt die Organisation mehr als 11 500 Mitarbeiter in 128 Ländern, ihr jährliches Budget beläuft sich derzeit auf 7,5 Milliarden Dollar. Einen Hauch von Glamour verleihen Schauspielerinnen wie Angelina Jolie und Cate Blanchett mit ihrem humanitären Engagement und zwei Friedensnobelpreise, verliehen 1954 und 1981. Doch angesichts der globalen Krisen wirkt das Flüchtlingshilfswerk zwergenhaft klein.

Was angesichts der Angst vor einem »Ansturm der Armen« im reichen Norden leicht aus dem Blick gerät: Die überwältigende Mehrheit der Flüchtlinge, rund 85 Prozent, findet nicht in Europa oder den USA Zuflucht, sondern in den meist armen Nachbarländern der Krisenregionen, in Bangladesch oder Jordanien. In diesen Ländern hat ein SPIEGEL-Team recherchiert, um zu verstehen, was eine internationale Organisation wie das UNHCR bewirken kann. Welche Hürden es gibt – und wie sie sich womöglich überwinden lassen.

Jordanien ist ein Testfall, ein Land, an dem sich zeigen kann, ob sich die Probleme meistern lassen, die langwierige Flüchtlingskrisen mit sich bringen. Wenn es hier erfolgreich ist, so die Hoffnung des UNHCR, könnte das auch in anderen Ländern gelingen.

Denn die Probleme in Jordanien sind immens. Die Flüchtlingskrise begann hier bereits vor 70 Jahren mit den Palästinensern. Nach 2003 strömten dann Hunderttausende Iraker ins Land. Und seit 2011 kommen die Syrer.

Etwa eine Dreiviertelmillion Syrer sind bislang nach Jordanien geflohen. Das Land hat 9,5 Millionen Einwohner, viel Wüste, kein Öl, kaum Industrie, das Wasser ist knapp und das Leben in der Hauptstadt Amman teils so teuer wie in Hamburg. Nur liegt der Durchschnittslohn in Jordanien bei rund 550 Euro im Monat. Auch ohne die vielen Flüchtlinge stünde das Land vor großen Herausforderungen.

In Amman schneidet Mohammed Schamut, 19, in einem Restaurant Fleischstreifen von einem Grillspieß – und ist bester Dinge. Schamut ist aus seiner Heimat Syrien geflohen, seit zwei Wochen arbeitet er hier, trägt eine schwarz-gelbe Uniform und verdient 600 Euro im Monat, viel Geld für einen Flüchtling. »Und ich habe eine Arbeitserlaubnis! Sie können mich nicht mehr schikanieren«, sagt er. Mit »sie« meint er die jordanische Polizei, die illegal arbeitende Flüchtlinge jederzeit verhaften kann. Bei seinem vorherigen Arbeitgeber habe er zuletzt zwei Monate lang keinen Lohn bekommen, erzählt Schamut. Als

erleichterten Zugang zum europäischen Markt gewährt – wenn es im Gegenzug den Arbeitsmarkt für syrische Flüchtlinge öffnet und ihre Kinder in Schulen aufnimmt. Es ist ein Pakt, von dem alle profitieren sollen: die Flüchtlinge, Jordanien und die EU. Weil die Syrer so Aussicht auf ein besseres Leben haben und deshalb nicht mehr weiterziehen, etwa nach Deutschland.

Das UNHCR begleitet die Umsetzung des »Jordan Compact«. Was hier erprobt wird, soll zum Modell für die Welt werden, ein »Global Compact on Refugees«, ein Abkommen zwischen den ärmeren Ländern, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, und den reichen, die diese fernhalten wollen.

So organisieren die Mitarbeiter des UNHCR nun gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation Jobbörsen für Flüchtlinge und tüfteln an biometrischen Identifikationsprogrammen, die es Syrern ermöglichen sollen, per Handy Geld zu überweisen und zu empfangen, da sie in Jordanien keine Bankkonten eröffnen dürfen.

»Verglichen mit anderen Orten, wo viele von uns vorher gearbeitet haben, ist Jordanien trotz allem ein positives Umfeld«, sagt Alia Al-Khatat-Williams, die stellvertretende Büroleiterin des UNHCR in Amman. Sie ist seit 18 Jahren dabei, hat in Algerien, Indonesien, Afghanistan und im Jemen gearbeitet, in Genf und New York; aufgewachsen ist sie zwischen Deutschland und dem Irak, ihr Vater ist gebürtiger Iraker, die Mutter Münchenerin.

»Die Lösungsansätze, die wir hier entwickeln, sind das Beste, was wir haben«, sagt sie. Mit »trotz allem« meint sie, dass auch Jordaniens Hilfsbereitschaft Grenzen hat. Seit einem Terroranschlag vor zwei Jahren lässt das Land keine Syrer mehr einreisen und erlaubt nur selten Hilfslieferungen an jene, die vor seiner Grenze gestrandet sind, so wie in

den vergangenen Wochen Zehntausende aus der Provinz Daraa. Zudem werden immer wieder heimlich Syrer abgeschoben.

Aber nicht nur die Hilfsbereitschaft der Jordanier hat Grenzen. Auch die Weltgemeinschaft kümmert sich viel zu wenig um die Flüchtlinge.

»Momentan stellen wir uns die Frage, ob wir unsere Hilfen an weniger Familien auszahlen oder die Zahlungen pro Familie reduzieren sollen«, sagt Al-Khatat-Williams. Denn das Jahresbudget ist erst zu einem Fünftel finanziert, dabei ist mehr als die Hälfte des Jahres schon um. Für



UNHCR-Chef Grandi: »Eine unmögliche Mission«

Flüchtling ist er erpressbar, kann er sich nirgendwo beschweren.

Schamut ist eine Ausnahme, die meisten Flüchtlinge in Jordanien arbeiten nach wie vor zu Niedriglöhnen, ohne offizielle Arbeitserlaubnis. Von Jahr zu Jahr verschlimmert sich ihre Situation, denn sie verdienen zu wenig zum Leben; und die Ersparnisse, die viele über die Grenze gerettet haben, sind allmählich aufgebraucht.

Mohammed Schamuts Glück hat einen Namen: »Jordan Compact«. Ein internationales Abkommen von 2016, das Jordanien Milliardenhilfen, verbilligte Kredite und

das UNHCR zu arbeiten, das bedeutet auch, den Mangel zu verwalten. Es reicht nie, die Not ist einfach zu groß, die Mittel sind knapp – und angesichts der Stimmung in vielen Geberländern ist zu befürchten, dass sie noch knapper werden.

Schon jetzt bekommen nur die Ärmsten der Armen Geld vom UNHCR. 30 000 Flüchtlingsfamilien sind das in Jordanien, jede erhält rund hundert Euro im Monat. Leben kann man davon nicht, aber es reicht für Medikamente oder die Aufstockung der Miete.

Was macht das mit einem, wenn man ständig mit Not leidenden Menschen zu tun hat? »Ich sehe auch Fortschritte und Hoffnung«, sagt Al-Khatar-Williams. »Ich erlebe zum Beispiel, wie eine ganze Schulklasse von Flüchtlingen sich anstrengt, wenn einer von ihnen ein Universitätsstipendium bekommen könnte.«

Während man in Jordanien daran arbeitet, dass die Flüchtlinge mehr Rechte bekommen, geht es in Bangladesch vor allem darum, sie am Leben zu halten.

Wer das Lager in Kutupalong zum ersten Mal sieht, ist betäubt allein von der Größe: eine kahle Landschaft, voll mit Hütten bis zum Horizont. Mehr Menschen leben hier als in Frankfurt am Main, aber Kutupalong ist keine Stadt, sondern eine Siedlung aus Plastikplanen und Bambusstangen, ohne Strom oder solide Kanalisation. Und über diesen Moloach fegt nun der Monsun hinweg.

Das jüngste Elend der Rohingya begann, als im August 2017 eine Rebellengruppe der im mehrheitlich buddhistischen Myanmar seit Langem verfolgten Minderheit Polizeiposten angriff. Das Militär schlug mit äußerster Brutalität zurück, nicht nur gegen die Rebellen, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung. Allein in den ersten Wochen floh rund eine halbe Million Menschen nach Bangladesch.

Für Pläne und Organisation war keine Zeit. Soldaten brachten die Flüchtlinge in ein bewaldetes Schutzgebiet, durch das bis dahin wilde Elefanten gezogen waren: Kutupalong. Die Rohingya holzten die Bäume ab, sie bauten damit Unterstände und befeuerten ihre Kochstellen. Bald gab es erste Tote, weil die Elefanten Menschen niedertrampelten.

Bangladeschs Regierung bat die Weltgemeinschaft um Hilfe, inzwischen sind rund 80 größere und 20 kleine Hilfsorganisationen im Einsatz. Das UNHCR, das die Arbeit der Helfer koordinieren soll,

hat seine Mission rasant ausgebaut. Sein Hauptquartier ist ein altes Hotel in der Stadt Cox's Bazar, etwa 35 Kilometer nördlich von Kutupalong.

250 UNHCR-Experten aus 20 Nationen haben hier ihre Laptops aufgestellt, Landkarten an die Wände geklebt und ihre weißen Geländewagen vor der Tür geparkt. Für ihre Kritiker sind die Geländewagen Symbole der Arroganz einer westlichen Hilfsindustrie. Aber braucht es nicht ein weltumspannendes, professionelles Großunternehmen der Helfer, um eine Krise dieser Größenordnung zu bewältigen?



Flüchtling Schamut in Amman: »Endlich keine Schikane mehr«

Der Wind lässt Türen knallen, Regen weht hinein, und Drazba spricht von Erdschichten.

Es geht um Kationen, um Kohäsionskräfte, die Struktur von Sandkörnern. Aber man kann auch einfach eine Handvoll Lehm ins Wasser halten und zusehen, wie er sich schnell in glitschigen Schlamm verwandelt. Das Gebiet von Kutupalong ist ein Albtraum, aus Sicht einer Geologin. Wenn man die Bäume fällt, wenn man ihre Wurzeln rodet und auf dem kahlen Boden Hütten errichtet und wenn dann der Regen einsetzt – dann werden aus Hügeln Schlammlawinen, die alles mitreißen.

Drazba hat eine Art Kinderbuch für die Flüchtlinge erstellt: Bunte Bilder erklären, wie man einen drohenden Erdbeben erkennt. Und sie hat 300 Rohingya geschult, die nach Alarmzeichen Ausschau halten und die Bewohner warnen sollen.

Zudem versuchen UNHCR-Ingenieure seit Wochen, die gefährlichsten Stellen zu entschärfen. Sie rammen Bambusstangen neben Wege, die sonst bald abrutschen würden. Kippen Ziegelsteine in den Matsch. Und planieren ganze Hügel, um Lawinen vorzubeugen. Latrinen werden abgerissen, neue Brunnen gebohrt, 200, 300 Meter tief. Denn der Monsun könnte Bakterien aus den Latrinen ins Grundwasser spülen.

Gegen Cholera sind die meisten Flüchtlinge inzwischen geimpft. Vor Malaria und Denguefieber allerdings gibt es kaum einen Schutz.

»Alles löst sich auf«, sagt Brenda Escalante, 52, eine Psychologin von den Philippinen. Viele Wege und Dämme im Lager sind unpassierbar, »ständig müssen wir Notsituationen meistern«. Seit November ist sie in Kutupalong, seitdem hatte sie dreimal eine Lebensmittelvergiftung, zweimal andere Infektionen. Aber sie sagt auch: »Ich liebe es.« Regentropfen laufen über

ihre Brillengläser. Als Field Officer des UNHCR ist Escalante für etwa 180 000 Menschen im Lager verantwortlich, sie hat vier Helfer. Es klingt wie ein Witz.

Das UNHCR funktioniert anders als private Hilfsorganisationen: Es soll Regierungen unterstützen, das ist die Grundidee. Deshalb muss Escalante alles mit der Regierung in der Hauptstadt Dhaka abstimmen, sie muss Genehmigungen einholen, Kompromisse schließen, sich mit Kritik zurückhalten.

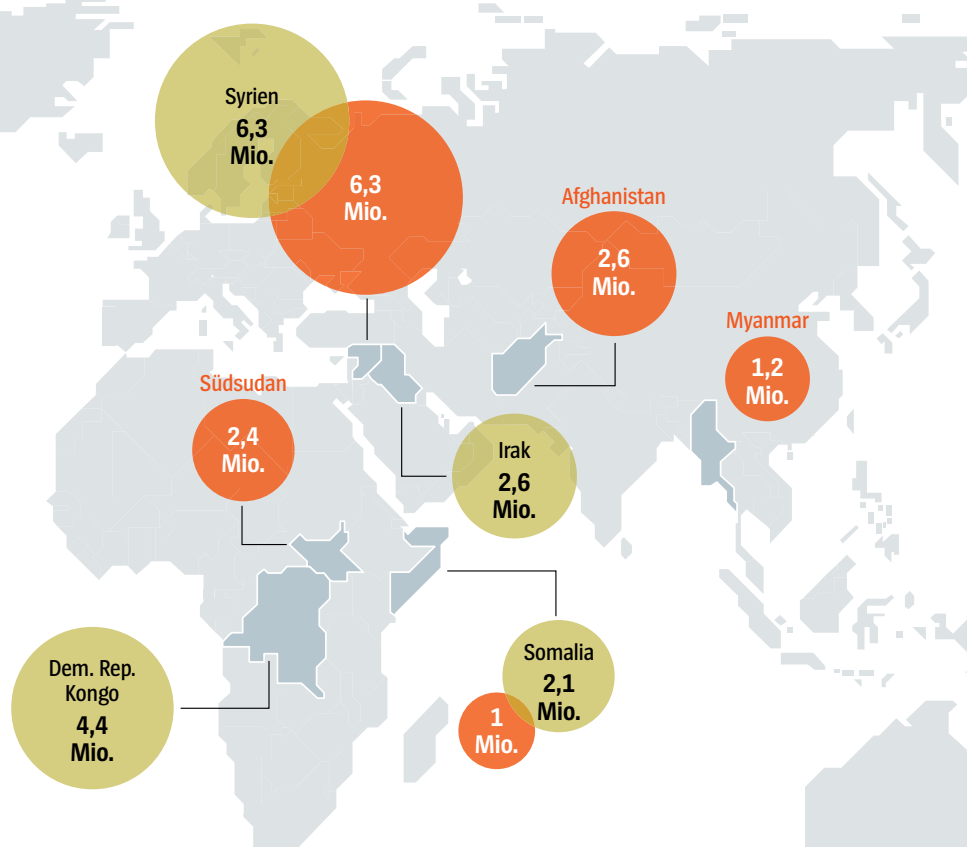
Bangladesch ist ein bitterarmes Land, auf dem pro Quadratkilometer fast fünf-

JONAS OPPERSKALSKI / DER SPIEGEL

## Insgesamt 68,5 Millionen Menschen

waren nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR Ende 2017 auf der Flucht oder enturzelt – so viele wie nie zuvor. Vor zehn Jahren waren es 37,5 Millionen Menschen.

DER SPIEGEL



### Auf der Flucht

- Die fünf größten Herkunftsländer von Flüchtlingen
- Länder mit den meisten Binnenflüchtlingen

Quelle: UNHCR

mal so viele Menschen leben wie in Deutschland. Es hat die Flüchtlinge zwar aufgenommen, wäre aber allein nicht in der Lage, sie zu versorgen. Auch das UNHCR war nicht auf so viele Flüchtlinge vorbereitet, keiner der Mitarbeiter hat je etwas Vergleichbares erlebt. Das Geld reicht nur für die Mindestversorgung: Linsen, Reis, Öl. Verhungern wird niemand. Aber das ist auch schon alles.

Viele Politiker, in Dhaka wie in den westlichen Hauptstädten, geben sich der Illusion hin, dass die Flüchtlinge bald wieder gehen werden; dass diese Herausforderung irgendwie von selbst verschwindet. Deshalb soll alles provisorisch bleiben, deshalb gibt es keinen richtigen Schulunterricht für die Kinder, deshalb dürfen die Erwachsenen keine Arbeit annehmen. Um längerfristige Lösungen, wie in Jordanien, geht es hier nicht.

Brenda Escalante hat sich unter eine Plane gestellt, sie wartet auf den Verantwortlichen der Regierungsbehörde für »Flüchtlingshilfe und Repatriierung«. Ihr Handy klingelt: In ihrem Zuständigkeitsgebiet steige das Wasser so schnell, dass die Menschen aus ihren Hütten fliehen würden. Escalante telefoniert, schickt Helfer hin und erzählt währenddessen weiter. Von den Konflikten im Lager, von Misshandlungen und Vergewaltigungen von Frauen. Von Familien, die in der Not ihre Töchter gegen Geld verheiraten. Von den

Majis, den Dorfvorstehern, die auch im Lager herrschen und bestimmen, wer welche Hütte bekommt, manche machtbesessen und korrupt.

Endlich kommt, mit gut zwei Stunden Verspätung, Shamimul Huq Pavel, der Mann von der Regierung. Schwarze Hose und Rollkragenpullover trotz der Hitze, mit Springerstiefeln und einem Leatherman-Messer am Gürtel. Er war früher bei den Special Forces, nun ist er der eigentliche Herr des Lagers. Seine Sätze bestehen meist nur aus »Ja« oder »Nein«, einer der längsten lautet: »Brenda, du sprichst Probleme an, ich löse sie.«

Escalante mag Pavel, auch wenn sie sich jede Woche mit ihm streitet. Sie sprechen ab, was das UNHCR machen darf und was nicht. Mal geht es um Familien, die schnell umgesiedelt werden müssen, mal um eine Bodenanalyse, die falsch war, dann wieder um die Reparatur eines Weges.

Aber neben Erdbeben und Seuchen bedrückt Escalante vor allem eines: die Hoffnungslosigkeit.

Bangladesch werde die Rohingya nicht auf Dauer beherbergen – und nach Myan-

mar könnten sie nicht zurück. »Es gibt keinen Platz für sie, nirgendwo«, sagt Escalante. »Wir können ihnen manches geben, aber keine Hoffnung.«

Wenn ihr Chef, der Hohe Flüchtlingskommissar, nicht gerade durch die Welt reist, leitet er in Genf fast täglich Sitzungen, bei denen es um Bangladesch geht, um die Angst vor dem Monsun. »Wir machen uns große Sorgen«, sagt Filippo Grandi, »aber wir arbeiten daran, alle Menschen in Sicherheit zu bringen.« Eine Herkulesaufgabe, schwer genug – und doch zu wenig. Die langfristige Frage, sie ist noch immer ungelöst: Was wird aus den Rohingya?

Grandi verweist auf die Absichtserklärung, auf die sich die Uno und die Regierung von Myanmar Anfang Juni geeinigt haben: Es sollen Wege gesucht werden, wie die Rohingya in ihre Heimat zurückkehren können. »In Würde«, so heißt es, als ginge es allein um Würde und nicht ums nackte Überleben. Es ist eine bizarre Vereinbarung mit einer Regierung, die bestreitet, dass sie die Rohingya überhaupt vertrieben hat. Die trotz aller Beweise fast immer leugnet, dass Menschen in ihrem Land systematisch vergewaltigt und ermordet, dass Dörfer niedergebrannt wurden.

Das Memorandum sei ein guter erster Schritt, sagt Grandi, ganz Diplomat, nun müsse man abwarten und schauen, was passiere.

Video  
**Ein Camp, so groß wie Frankfurt am Main**  
spiegel.de/sp292018unhcr  
oder in der App DER SPIEGEL



Das ist das Grundproblem des UNHCR: Es soll Krisen bewältigen, die zu einem großen Teil politisch sind, aber es hat kaum politischen Einfluss. Wie alle Uno-Behörden ist auch das UNHCR eine Organisation, die sich auf einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen den Staaten stützt. Und so darf es nur tun, was deren Regierungen ihm gestatten. Ist eine dieser Regierungen selbst in einen Konflikt verwickelt, bleibt dem UNHCR nichts weiter übrig, als zu bitten und vorsichtig zu mahnen.

Ein Dilemma, das man vor allem in Syrien beobachten kann. Dort muss das UNHCR mit der Regierung von Baschar al-Assad darüber verhandeln, wie es die Menschen versorgen kann, die innerhalb des Landes auf der Flucht sind – vor dessen eigener Armee. Und dabei ständig Kompromisse eingehen.

Grandi zögert, wenn man ihn auf solche moralischen Konflikte anspricht. »Es ist schwierig«, sagt er, »ich habe keine Antwort.« Natürlich müsse man Prinzipien verteidigen, einerseits. Andererseits könne das UNHCR nichts bewirken, wenn es sich die Regierungen zum Gegner mache. »Manchmal sind diese Kompromisse sehr schwierig«, räumt er ein. »Aber wenn wir der Versuchung nachgeben und uns zurückziehen, lassen wir die Flüchtlinge allein, und ihre Lage verschlimmert sich noch.«

Es stehe ihm nicht zu, sich in die Politik einzumischen, sagt Grandi, nur so viel: Er finde es »beschämend«, wie wenig die Weltgemeinschaft in den vergangenen Jahren unternommen habe, um Konflikte zu lösen. Der Uno-Sicherheitsrat, jene Institution, die für Frieden und Sicherheit auf der Welt sorgen solle, könne sich ja nicht einmal bei grundlegenden humanitären Fragen verständigen, geschweige denn bei politischen Konflikten.

Grandi, der Diplomat, redet sich nun doch in Rage: »Das macht mich ziemlich wütend.«

Aber was soll er tun? Das UNHCR kann nur immer wieder an die Not der Geflohenen erinnern. Der Hochkommissar versucht, auch Länder wie China oder die Golfstaaten dazu zu bringen, sich zu engagieren. In Lateinamerika konnte er Argentinien und Brasilien dafür gewinnen, wenigstens vereinzelt syrische Flüchtlinge aufzunehmen.

Grandi sagt, er bewundere die deutsche Bundeskanzlerin dafür, dass sie in der

Flüchtlingsfrage konsequent geblieben sei. Und er wünsche sich, die EU könnte sich endlich auf ein faires Asylrecht einigen. »Europa hat lange Grenzen«, sagt er, »im Moment liegt der Fokus auf dem Mittelmeerraum, aber was ist mit dem Osten?« Auch manche Länder der ehemaligen Sowjetunion seien sehr fragil – und nah. »Es wird nicht genügen, mit allen Ländern der Erde Abkommen zu schließen, damit sie Flüchtlinge aus Europa fernhalten.«

Wer die Welt durch Grandis Augen betrachtet, erkennt: Es kann uns alle treffen. Kein Mensch ist dagegen gefeit, zum Flüchtling zu werden. Der Frieden nach

Ahmad Alali, 35, sagt: »Als ich gefragt wurde, ob ich nach Schweden will, habe ich das Wort bei Google eingegeben und eine Stadt gesehen, sie hieß Stockholm. Die Häuser waren schön.« Alali ist ein Friseur aus Damaskus, der seinen Haarschopf trägt wie einen schiefen Hahnenkamm.

Seine Ehefrau Haniye und er wohnen mit ihren sechs Kindern in einer verschimmelten Drei-Zimmer-Erdgeschosswohnung in Amman, zur Schule brauchen die Kinder täglich fast zwei Stunden hin und zurück. Das Leben der Alalis ist trotzdem besser als am Anfang. Nach der Flucht aus Damaskus vor fünf Jahren lebten sie erst in Zelten, später in einem einzigen Zimmer. Sie haben sich aus dem größten Elend befreit, und dann hatten sie noch Glück, ganz unverhofft.

Denn die Alalis wurden ausgewählt für ein aufwendiges Programm des UNHCR, das »Resettlement«: Handverlesene Flüchtlinge, die als besonders schutzbedürftig gelten, werden in sichere Staaten umgesiedelt, wo sie dauerhaft bleiben können.

Das UNHCR ist auf den guten Willen dieser Staaten angewiesen, es ist ein langwieriges, mühsames Geschäft. Allein in Jordanien gibt es derzeit rund 80 000 Flüchtlinge, deren Lebensumstände so prekär sind, dass sie nach den Kriterien des UNHCR sofort umgesiedelt werden müssten. Doch in diesem Jahr wird es für sie wohl nur rund 5000 Plätze geben, 800 davon in Schweden.

Die Alalis wurden von Mitarbeitern des UNHCR besucht, ihre Lebensverhältnisse wurden durchleuchtet, dann kamen schwedische Diplomaten und veranlassten eine erneute Sicherheitsprüfung. Die Familie bestand alle Tests. Nun dürfen die Alalis nach Schweden fliegen, in ein Land, über das sie so gut wie nichts wissen.

Aber Ahmad Alali ist sicher, dass er auch in Schweden bald wieder als Friseur arbeiten kann: »Sobald ich die Sprache so weit beherrsche, dass ich den Kunden die Haare nicht falsch schneide«, sagt er und lacht. Er hat eine schwedische Sprach-App auf sein Handy geladen. Das erste Wort, das er gelernt hat, ist »tack«, danke.

Clemens Höges, Raniah Salloum, Samiha Shafy



Familie Alali in Amman: Umsiedlung nach Schweden

dem Zweiten Weltkrieg, der Deutschland so satt und reich gemacht hat – er ist alles andere als selbstverständlich.

Keine Organisation, auch keine Weltorganisation, kann sich den Kräften entgegenstemmen, die Menschen zur Flucht zwingen. Letztlich sind es nur kleine Fortschritte, die das UNHCR erzielen kann. Aber vielleicht ist das, so bescheiden es klingt, die ganze Mühe wert. Oder wie es im Talmud, der jüdischen Schrift, heißt: »Wer auch immer ein einziges Leben rettet, der ist, als ob er die ganze Welt gerettet hätte.«